



Bündnis Krefeld für Toleranz und Demokratie

Liebe Krefelderinnen und Krefelder,

seit mehr als einem Jahr versuchen wir als breites Bündnis verschiedenster Organisationen einen gesellschaftspolitischen Konsens in der Stadt für die grundsätzliche Umstrukturierung der Ausländerbehörde zu organisieren. Die Abschiebung von Adnan Harb hat noch einmal deutlich gezeigt, wie es um das Verhältnis der Behörde zu den Akteuren der humanen Zivilgesellschaft in Krefeld bestellt ist.

In wenigen Wochen wird in Krefeld ein neuer Oberbürgermeister gewählt. Für die Umgestaltung der Ausländerbehörde kommt ihm als Chef der Verwaltung dafür die entscheidende Rolle zu.

Trotz der die kommunale Debatte aktuell beherrschenden schwierigen Haushaltslage, ist für die urbane Lebensqualität Krefelds und insbesondere auch ihrer Zukunftsfähigkeit die Organisation des Zusammenlebens aller Einwohner*innen - seien sie deutscher oder nicht deutscher Herkunft - von zentraler Bedeutung und insoweit auch das Wirken der Behörde, die über Aufenthalt und Einbürgerung von nicht deutschen Bürger*innen zu entscheiden hat.

An deren Praxis wird zu messen sein, ob Krefeld eine Stadt mit offener und demokratischer Verwaltungsstruktur für alle hier lebenden Einwohner*innen wird, die auch regionale Strahlkraft hat. Oder ob die Stadt speziell durch das Handeln der Ausländerbehörde, das von Vielen als selbstherrlich, verknöchert und nicht vermittelbar angesehen wird, weiter an Ansehen und Einwohnerschaft verliert.

Deshalb wird die Wahl des neuen Oberbürgermeisters wahrscheinlich über Jahre hinaus die letzte Chance sein, eine Verwaltungsstruktur zu schaffen, die sowohl einer demokratischen Gesellschaft als auch der Spannung zwischen Gesetz und Humanität gerecht wird.

Wir mahnen an, nur diejenigen Kandidaten zu wählen, der sich zu folgenden Positionen ausdrücklich bekennt:

- die restriktive Auslegung von Bundesgesetzen, die Migration erschweren denn erleichtern, unbeschadet positiver Einzelfallregelungen, muss vom Chef der Verwaltung gestoppt werden.
- Einwanderung muss auch und gerade im kommunalen Kontext grundsätzlich als Chance und nicht als Bedrohung verstanden werden. Die Erteilung von Aufenthaltstiteln muss wieder ein nachvollziehbares und transparentes Recht und kein „kaiserlicher Gnadenakt“ werden.
- Mit breitester und gezielter Unterstützung der Politik und der kommunalen Zivilgesellschaft muss ein unwiderruflicher Prozess der grundsätzlichen Veränderung der Ausländerbehörde eingeleitet werden.
- Innerhalb der Verwaltung ist bei jeder Mitarbeiterin und jedem Mitarbeiter für diesen neuen Weg zu werben. Sie leisten damit einen wesentlichen Beitrag für die Zukunftsfähigkeit Krefelds. Dafür muss der Verwaltungschef mit seinem politischen Engagement und seiner Leidenschaft in der Sache ein Vorbild sein.

Liebe Krefelderinnen und Krefelder,

diese Wahl ist kommunalpolitisch eine Richtungswahl. Fragen Sie die Kandidaten nach ihrer Haltung zur Umgestaltung der Ausländerbehörde und wählen Sie nur den Kandidaten, dem Sie diesen Umbau auch zutrauen! Gehen Sie bitte wählen, denn Sie wählen auch für die Menschen in Krefeld, die kein Recht zur Kommunalwahl haben!

Flüchtlingsrat, Bündnis für Toleranz und Demokratie, Union der islamischen Vereine Krefeld und Umgebung, DIDE, Alewitisches Kulturzentrum, Hindu-Gemeinde / Forum der Tamilen, Portugiesische Gemeinde, Katholikenrat der Region Krefeld-Meerbusch, Katholisches Hochschulzentrum der Hochschule Niederrhein, Arbeitsgemeinschaft christlicher Kirchen (ACK), DGB Kreisvorstand